



28 Tage Stille auf der Route der Hoffnung – und was sie wirklich bedeuten

Achtundzwanzig Tage ohne ein einziges Schlauchboot auf dem Ärmelkanal. Keine nächtlichen Funksprüche, keine erschöpften Gesichter an britischen Küsten, kein neues Zahlenwerk für den politischen Schlagabtausch am Morgen danach. Für London fühlte sich diese Phase zwischen Mitte November und den ersten Dezembertagen wie eine Atempause an – die längste seit sieben Jahren. Eine kleine Sensation, statistisch betrachtet. Politisch betrachtet allerdings eher eine optische Täuschung.

Denn diese Stille auf einer der meistbefahrenen und zugleich gefährlichsten Fluchtrouten Europas war nie mehr als eine Unterbrechung. Kein Wendepunkt. Kein Beweis für den Durchbruch einer neuen Migrationspolitik. Sondern vor allem das Ergebnis von Wind, Kälte und kurzen Tagen. Der Ärmelkanal, dieses trügerisch schmale Band zwischen Kontinent und Insel, lässt sich nicht verhandeln. Er diktiert seine eigenen Regeln.

Seit 2018 haben Zehntausende Migranten den Versuch gewagt, von der französischen Küste aus Großbritannien zu erreichen – in überladenen, oft kaum seetüchtigen Booten. Die Route ist gefährlich, aber sie verspricht etwas, das vielen Alternativen fehlt: Sichtbarkeit. Wer ankommt, ist da. Wer ankommt, zwingt den britischen Staat zur Reaktion. Das hat den Kanal zu einem Symbol gemacht, weit über seine geografische Bedeutung hinaus. Zu einem politischen Prüfstein.

Umso größer war die Aufmerksamkeit, als die Zahlen plötzlich auf null fielen. Vier Wochen lang. Innenministerien lieben solche Momente. Sie sehen aus wie Erfolge, selbst wenn sie keine sind. Auch in London wurde nicht gezögert, die Pause als Indiz für Wirksamkeit zu deuten – zumindest in der politischen Kommunikation. Doch hinter den Kulissen war man vorsichtiger. Zu Recht.

Denn wer jemals im Winter an der Küste von Calais oder Dunkerque gestanden hat, weiß, wie wenig romantisch der Kanal zu dieser Jahreszeit ist. Eisiger Wind, unberechenbare Strömungen, Nebel, der jede Orientierung verschluckt. Für Schleuser ebenso wie für ihre Passagiere steigen die Risiken exponentiell. Viele warten dann lieber ab. Migration folgt nicht nur politischen Anreizen, sondern auch meteorologischen Realitäten.

Das erklärt, warum kaum jemand ernsthaft behauptet, diese 28 Tage seien das Resultat neuer politischer Maßnahmen gewesen. Zwar hat die britische Regierung zuletzt den Ton verschärft, Asylverfahren reformiert, Rückführungsabkommen beschleunigt und gemeinsam mit Frankreich neue Kooperationsformate ausgerufen. Doch Politik wirkt selten über Nacht. Und schon gar nicht auf einem Meer, das keine Pressekonferenzen kennt.

Die Realität holte die Statistik schnell ein. Kaum hatte sich das Wetter etwas beruhigt,



wurden wieder Boote gesichtet, Menschen gerettet, Ankünfte registriert. Die Pause war vorbei, als hätte es sie nie gegeben. Und die Jahreszahlen erzählen ohnehin eine andere Geschichte. Mit fast 40.000 Ankünften per Boot liegt das laufende Jahr bereits über dem Niveau von 2024 und nur knapp unter dem Rekordjahr 2022. Wer hier von Trendwende spricht, sollte besser noch einmal nachrechnen.

Politisch allerdings bleibt jede Zahl Munition. Für Premierminister Keir Starmer, der mit dem Versprechen angetreten ist, Kontrolle zurückzugewinnen, ist das Thema eine Dauerprüfung. Zu lasch, sagen die einen. Zu hart, sagen die anderen. Und irgendwo dazwischen steht eine Regierung, die versucht, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, ohne internationale Verpflichtungen offen zu brechen. Ein Balanceakt, der auf Dauer kaum elegant gelingen kann.

Besonders deutlich wird das am sogenannten „One in, one out“-Abkommen mit Frankreich. Die Idee klingt bestechend einfach: Für jeden Migranten, der illegal über den Kanal nach Großbritannien gelangt, nimmt London im Gegenzug einen Asylbewerber aus Frankreich auf – auf legalem Weg. Ordnung gegen Ordnung. Kooperation statt Schuldzuweisung. In der Theorie ein Schritt nach vorn.

In der Praxis jedoch bleibt vieles unklar. Die Umsetzung stockt, die Zahlen sind überschaubar, die juristischen Feinheiten komplex. Und die symbolische Wirkung überwiegt bislang den messbaren Effekt. Solche Abkommen senden Signale, ja. Aber sie ersetzen keine kohärente europäische Migrationsstrategie. Und sie ändern nichts an den globalen Ursachen von Flucht: Kriege, Armut, politische Verfolgung, Perspektivlosigkeit.

Das wissen auch die Wähler. Vielleicht liegt genau darin die eigentliche Bedeutung dieser 28 Tage. Sie zeigen, wie groß die Sehnsucht nach Kontrolle ist – und wie begrenzt die Möglichkeiten bleiben. Eine kurze Phase ohne Ankünfte reicht aus, um Hoffnungen zu wecken. Doch ebenso schnell kippt die Stimmung wieder, wenn die Boote zurückkehren. Politik im Takt der Gezeiten, sozusagen. Nicht besonders nachhaltig, aber emotional wirksam.

Für Europa insgesamt ist die Episode ein Lehrstück. Migration lässt sich dämpfen, verzögern, umlenken. Aber sie verschwindet nicht, nur weil ein Wintersturm aufzieht oder ein neues Abkommen unterzeichnet wird. Wer das glaubt, macht es sich zu einfach. Und wer jede statistische Delle sofort als Erfolg verkauft, verspielt langfristig Vertrauen.

Die Stille auf dem Ärmelkanal war real. Ihre Bedeutung hingegen bleibt begrenzt. Sie war eine Pause, kein Schlussstrich. Eine Atempause für Politik und Öffentlichkeit – mehr nicht. Der eigentliche Konflikt, zwischen humanitärem Anspruch und staatlicher Ordnung, zwischen



28 Tage Stille auf der Route der Hoffnung – und was sie wirklich bedeuten

nationaler Souveränität und europäischer Verantwortung, geht weiter. Leiser vielleicht. Aber nicht gelöst.

Von Andreas M. Brucker